



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 139 (1928)

450 (27.9.1928) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-348314](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-348314)

Neue Mannheimer Zeitung

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus über durch die Post monatlich 1,20 M., — ohne Postgeb. Bei sonst. Uebertragung der wöchentlichen Verhältnisse Nachlieferung vorbehalten. Postbestellkonto 17200 Karlsruhe Hauptpostamtstelle 15, 2. Haupt-Vertriebsstelle K. 1, 11 (Postleitzahl) 68001, 68002, 68003, 68004, 68005, 68006, 68007, 68008, 68009, 68010, 68011, 68012, 68013, 68014, 68015, 68016, 68017, 68018, 68019, 68020, 68021, 68022, 68023, 68024, 68025, 68026, 68027, 68028, 68029, 68030, 68031, 68032, 68033, 68034, 68035, 68036, 68037, 68038, 68039, 68040, 68041, 68042, 68043, 68044, 68045, 68046, 68047, 68048, 68049, 68050, 68051, 68052, 68053, 68054, 68055, 68056, 68057, 68058, 68059, 68060, 68061, 68062, 68063, 68064, 68065, 68066, 68067, 68068, 68069, 68070, 68071, 68072, 68073, 68074, 68075, 68076, 68077, 68078, 68079, 68080, 68081, 68082, 68083, 68084, 68085, 68086, 68087, 68088, 68089, 68090, 68091, 68092, 68093, 68094, 68095, 68096, 68097, 68098, 68099, 68100.

Mannheimer General-Anzeiger

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je einh. Kolonnenzeile für Allgem. Anzeigen 0,40 M., 10. Kolonnenzeile 3-4 M., Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Verträge für bestimmte Tage, Stellen u. Auslagen mit keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Erklärungen für ausgesetzene oder beschämte Auslagen, aber für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Zustände durch Fernsprecher ohne Gewähr. Gerichtsstand in Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauenzeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Neue Ausrüstung Frankreichs

Ausbau und Verstärkung der Luftflotte

Interessante Debatte im Ministerrat

V Paris, 27. Sept. (Von unserem Pariser Vertreter.) Dem endgültigen Beschluß des gestrigen Ministerrates über die Abgrenzung der Befugnisse des Ministers für das Flugwesen ging eine lange, teilweise sehr scharfe Auseinandersetzung voraus. Die ganze Angelegenheit wurde hauptsächlich vom militärischen Standpunkt aus behandelt. Die Frage, in welchem Maße die Neuorganisation des Flugwesens zur Landesverteidigung beitragen könne, stand im Vordergrund der Erörterungen und gerade sie war es, die zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß gab. Painlevé erklärte sogar, er trage ein Demissions schreiben des Generalstabes Debeney in der Tasche, für den Fall, daß der Minister Laurent-Eynac die weitgehenden Befugnisse, die er für sein Ministerium verlangt habe, zugesprochen werde. Allerdings vergaß der Kriegsminister nachher, nachdem der Luftfahrtminister tatsächlich in den meisten Fragen Befriedigung erhalten hatte, diesen Brief vorzulesen. Trotz dieser Drohung fanden Painlevé und Eynac nur beim Pensionärminister Marin Unterstützung, während Tardieu, Sarraut und Poincaré den von Laurent-Eynac vorgebrachten Plänen zustimmten und schließlich auch den Sieg davontrugen. Laurent-Eynacs Hauptziel ist die Schaffung einer aus bester ausgerüsteten, eingearbeiteten Luftarmee, die imstande ist, die Land- und Seestreitkräfte Frankreichs in

wirksamer Weise zu ergänzen. Außerdem verspricht der neue Luftfahrtminister auch das Zivilluftwesen, besonders den Postflugverkehr auszubauen, um den Wettbewerb mit anderen Staaten mit Rücksicht auf Erfolg aufzunehmen. Für die Durchführung dieses Programms sieht Laurent-Eynac die Aufnahme einer öffentlichen Anleihe von 150-200 Millionen Franken vor. In ihren Kommentaren zu der gestrigen Ministerrats-Sitzung geben die Blätter alarmierende Darstellungen über den schrecklichen Stand der französischen Marine- und Militärluftfahrt und halten dem neuen Minister vor Augen, es sei dringend notwendig, die Luftflotte Frankreichs methodisch auszubauen und zu verstärken. Im „Journal“ wird Deutschland ausgespielt. Das Blatt behauptet, Deutschland werde im Falle eines Krieges nachlässige Gasangriffe auf die französischen Städte ausführen und die Industriezentren des Landes zerstören. Deshalb müsse Frankreich alle Anstrengungen machen, um eine eigentliche starke Luftarmee zu bauen, die imstande sei, die Verfechtung Frankreichs im Luftraum zu wahren. Diese Darstellung des reichsfeindlichen Blattes ist natürlich irreführend und bildet nur ein bedenkliches Mittel, um Stimmung für die Schaffung einer mächtigen französischen Luftflotte zu machen. Bekanntlich ist gerade Deutschland in Genf entschieden gegen den Gaskrieg aufgetreten.

Allseitiges Mißtrauen gegen das Flottenkompromiß

London, 27. Sept. (Von unserem Londoner Vertreter.) Aus Washington wird autoritativ mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Antworten auf das britisch-französische Flottenkompromiß ihren Vorgesetzten in Paris und London übermitteln hat. Die beiden Noten dürften im Laufe des heutigen Tages überreicht werden. Es verläutet, die beiden Antworten, obwohl sie inhaltlich einander entsprechen, doch nicht identisch sind. Die „Exchange Telegraph“ mittelt, weichen beide Antworten das englisch-französische Übereinkommen als Basis für eine Wiederaufnahme von Flottenabrüstungsverhandlungen zurück und erläutern die Stellung der Vereinigten Staaten zur Kreuzer- und U-Bootfrage. Das Auswärtige Amt veröffentlichte gestern eine offizielle Erklärung, in der es heißt, daß ein Übereinkommen oder eine Verständigung mit Frankreich in Bezug auf die Luftstützungen nicht vorliege. Diese Erklärung wird von der britischen Presse lebhaft begrüßt, da sie, wie man hier hofft, dazu beitragen wird, die wilden Gerüchte über eine neue britisch-französische Entente zum Schweigen zu bringen. Dies würde also bedeuten, daß das britisch-französische Flottenabkommen indirekt bereits tot sei. Außerordentliches Aufsehen haben hier die Erklärungen S. A. Brittons, des Vorsitzenden des Flottenausschusses des amerikanischen Repräsentanten-

hauses bei seiner Abfahrt aus Europa, wo er sich mehrere Wochen aufhielt, erregt. Mit großer Bitterkeit erklärte er, es sei zweifellos, daß die britischen Staatsmänner angesichts der vorliegenden französisch-britischen Übereinkunft noch immer die Rolle der gekränkten Unschuld spielen würden. Man müsse nun annehmen, daß England, ermutigt durch Frankreich, dem es dafür die militärische Diktatur über Europa eingeräumt habe, sich nun bemühe, die Vereinigten Staaten in eine Falle zu locken. Das amerikanische Volk müsse entgegen seinem Willen annehmen, daß England und Frankreich eingesehen hätten, daß der Abschluß einer strategischen Allianz weit besser als eine gemeinsame Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten sei. Die „Daily News“ und „Westminster Gazette“ schreiben hierzu, dies sei leider nicht nur die Ansicht in den Vereinigten Staaten, sondern beinahe in allen Teilen der Welt. Das Übereinkommen habe Europa erneut argwöhnlich gemacht. Deutschland fühle sich beunruhigt und auch Italien könne mit Erstaunen feststellen, daß Frankreich seine Flugzeuge in der Nähe seiner Grenzen zu konzentrierten beabsichtige. Der britische Premierminister sollte den Mut haben, heute während seiner Rede vor dem konservativen Parteitag in Plymouth endlich den Standpunkt der britischen Regierung bekannt zu geben.

Zu Hindenburgs Geburtstag

Berlin, 27. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Die großen Berliner Bundesverbände der Deutschnationalen Volkspartei fordern ihre Mitglieder auf am 2. Oktober, dem Geburtstag Hindenburgs, den Gefühlen der Verehrung und der Anhänglichkeit für den Reichspräsidenten durch Beflaggung in den alten Reichsfarben Ausdruck zu geben. Soll das nicht mehr eine Demonstration als eine Ehrung sein? Man wird in dieser Meinung beharrt, wenn man zur Begründung liest, daß bei der Wahl Hindenburgs sich alle diejenigen Parteien und Verbände zusammengefunden hätten, für die die Farben schwarz-weiß-rot nach wie vor kalte Erinnerung an die größte Glanz- und Ruhmeszeit des Deutschen Reiches sind und eine Mahnung für eine bessere Zukunft darstellen. Herr Glah und die Seinen haben, was hier mehr durch die Blume ausgedrückt wird, in denkbar größter Form gesagt: nämlich, daß man sich in rechtsradikalen Kreisen von der Wahl Hindenburgs etwas ganz anderes versprochen hat als was hinterher eingetroffen ist.

Soll man das glauben?

Berlin, 27. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Die polnischen Behörden haben eine neue Gefahr entdeckt, die die Sicherheit des polnischen Staates bedroht. Sie haben nämlich, wie sie die „Deutsche Zeitung“ aus Posen berichtet läßt, herausgefunden, daß zahlreiche Radiosöhre in Polen sich von dem polnischen Rundfunk, der selbst von den Polen ziemlich abfällig kritisiert wird, abwenden und sich lieber auf die deutschen Wellen einstellen. Daraufhin ist zahlreichen Deutschen, von denen bekannt wurde, daß sie sich regelmäßig den deutschen Radiobildschirm anhörten, das Radioabonnement gesperrt worden. Sie müssen unter Androhung der Konfiskation die Rundfunkgeräte abbauen.

Venizelos in Paris und London

V Paris, 27. Sept. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der griechische Ministerpräsident Venizelos ist gestern nachmittags in Paris eingetroffen. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des griechisch-italienischen Vertrages hält es der griechische Premier für angebracht, den westlichen Großmächten Erklärungen über diesen Freundschafts- und Schiedsvertrag abzugeben. Zu diesem Zweck ließ sich Venizelos unmittelbar nach seiner Ankunft von Außenminister Briand empfangen. Heute wird er einen Besuch bei Poincaré abfragen und auch den englischen Vizekonsul Sir William Tyrrell besuchen. In den nächsten Tagen wird er seine Reise nach London fortsetzen und dort die maßgebenden Stellen des Foreign Office persönlich über den Sinn und die Bedeutung des von ihm in Rom unterzeichneten Paktes informieren. Nach seinem gestrigen Besuch bei Briand empfing Venizelos die Vertreter der französischen Presse, um ihnen ebenfalls die Grundzüge des griechisch-italienischen Vertrages darzulegen. Er betonte besonders, daß dieser keinerlei Spitze gegen eine dritte Macht enthalte oder die Interessen anderer Staaten gefährde. Sein einziger Zweck sei, den Frieden in Südosteuropa zu sichern. Auf die Frage, wie dieser Vertrag wohl in Belgrad aufgenommen werde, gab Venizelos folgende Antwort: „Zur Stunde weiß ich nicht, wie man sich in Südosteuropa zu dem griechisch-italienischen Freundschaftspakt stellt. Binnen kurzem werde ich selbst nach Belgrad reisen, um dort mit Außenminister Marinowitsch Verhandlungen zu beginnen, die, wie ich bestimmt hoffe, in einem Zeitraum von höchstens zwei Monaten ebenfalls zum Abschluß eines Freundschaftsvertrages führen werden. Es liegt auch in meiner Absicht, ähnliche Abkommen mit Rumänien, Albanien und der Türkei abzuschließen, da ich überzeugt bin, daß durch solche Verträge der Friede auf dem Balkan, dem Wetterwinkel Europas, endgültig gesichert wird.“

Vom Tage

Auf dem vorjährigen Stadte tag in Magdeburg der geschäftsführende Präsident Dr. M u l e r die Forderung nach einer unmittelbaren Instanzenverbindung zwischen Reich und Großgemeinden, also mit Ausschaltung der Länder, stellte, erregte sie berechtigtes Aufsehen und bei den Länderregierungen lebhaften Widerspruch. Inzwischen hat im Januar die Berliner Länderkonferenz getagt und heute, ein Jahr nach Magdeburg, erscheint das Verlangen Mulert's, das auf dem Breslauer Stadte tag wiederholt wurde, fast schon als eine Selbstverständlichkeit, über die kaum noch viel geredet wird. Im Gegenteil, man ist sogar drauf und dran, diese Forderung praktisch vorzubereiten. Einmal wird der Stadte tag von sich aus die unmittelbare Verbindung zum Reich durch Schaffung einer besonderen Organisation herstellen, zum andern hat der Reichsinnenminister Severing mitgeteilt, daß bereits die Vorarbeiten zur Schaffung einer besonderen Kommunalabteilung in seinem Ministerium eingeleitet worden sind. Und auch der Reichstag wird die Bildung eines besonderen kommunalpolitischen Ausschusses nicht mehr ablehnen. Man wird also, wenn auch nicht gleich, so doch in absehbarer Zeit, näher aneinander kommen. Die Entwicklung ist auch nicht mehr aufzuhalten. Mit Recht beklagen sich die Großgemeinden, daß sie beim Finanzausgleich über die Länder benachteiligt und durch das Ausschaltrecht der Länder in ihren Entlastungsmöglichkeiten behindert werden. Daß man sich zur Erlangung eines Fortschrittes immer wieder auf den Grundgedanken der steinischen Städteordnung, die den Gemeinden ein reiches Maß von Selbstverwaltung übertrug, beruft, ist schließlich selbstverständlich. Aber man kann sich des Gefühls doch nicht erwehren, als ob man dabei ein wenig zuviel des Guten tut, denn die Quelle, die vor mehr als hundert Jahren die Reformierung des preussischen Staates segensreich befruchtete, ist heute kein Meerwasser mehr. Bei der Entwicklung der Großstädte, bei dem allgemeinen Stimmrecht auch für Kommunalwahlen haben sich die Verhältnisse so vollkommen verschoben, daß von dem steinischen Grundgedanken wahrer Selbstverwaltung so gut wie nichts mehr übrig geblieben ist. Wenn dem Staat jede Aufsichtsmöglichkeit genommen ist, dann können auf der einen Seite ehrgeizige Stadtoberhäupter ihrem Bau- und sonstigen Schaffensdrang ungehemmten Spielraum lassen, während andererseits sozialdemokratischer und kommunalpolitischer Steuerpolitik ebenfalls keine Schranken mehr gezogen sind. In was für Folgen man auf diesem Weg gelangt, zeigt das Beispiel Wien's, dessen Spuren lauchend sollen. Andererseits ist es selbstverständlich, daß die Großstädte und auch die Großkreise in den Industriegebieten nicht mehr mit der alten kommunalen Eile gemessen werden können. Die Gefahr besteht freilich, daß das Reich anstelle der Länder, deren Ausschaltung man mit Recht erkräftigt, schließlich in Mitteldeutschland und im Westen mit einer Fülle von Stadtrepubliken zu tun bekommt, die noch schwieriger zu behandeln sein würden, als die heutigen Länderregierungen. Jedenfalls stehen wir vor einer wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Entwicklung, die bei der Reformierung des Reiches nicht außeracht zu lassen ist.

In der „Dreigroschenoper“ von Bert Brecht, die jetzt im Berliner Theater am Schiffbauerdamm aufgeführt wird, singt, wie die „N. V. G.“ mittelt — aus der Berliner Presse erfährt man so etwas gemächlich nicht — „Mann und Frau“ mit Unterstützung des Chors den Gesang dessen, was zu er kommen. „Erst kommt das Fressen“, sagt der „Dichter.“ Mann, Frau und Chor wiederholen es. Religion, Sitte, Moral, Gesetz, Ordnung und alles andere, was man so beläufig zu den Erscheinungen der Zivilisation und Kultur rechnet, kommen, wie wir aus diesen kommunalpolitischen diabolischen Darlegungen erfahren, erst ganz nachher, viel später. Schade, daß die schöne Offenheit des Sängers nicht auch die sozialistische und kommunalpolitische Politik zu diesen späteren Dingen zählt. Kommt das Fr... man vergehe die Wiederholung, zuerst, was interessiert dann den Arbeiter überhaupt die Form der Wirtschaft? Ob freie oder gebundene Wirtschaft, ob kapitalistische oder sozialistische Wirtschaft, das alles kann ihm doch völlig gleichgültig sein. Der gutgeleitete rein kapitalistische Betrieb, der ihm wenigstens das Existenzminimum sichert, muß ihm dann doch über alle Wirtschaftsdemokratie gehen. Was hat er davon, daß seine Vertreter in irgendeiner Verwaltungsorganisation sitzen? Sinn hätte es wohl, wenn durch die Delegation von Arbeitnehmern in die wirtschaftliche Verwaltung der soziale Nutzeffekt der Wirtschaft gesteigert würde, wenn also durch Wirtschaftsdemokratie die Produktion und der Absatz unter gleichzeitiger Verminderung aller entbehrlichen Kosten, z. B. auch des Steuerdrucks, gefördert und auf diese Weise die erlebten Lohnverhöhungen ermöglicht würden. Der „Gott der sozialen Rechte“, der alles haben und alles können soll, zu dem man nur zu beten braucht, um beschenkt zu werden, hat sich doch längst als ebenso schwaches wie unvollkommenes Geschöpf entpuppt, das nur vertieren kann, was produziert ist. Wenn aber alle kapitalistischen Gewinne und Zinsenerträge an die Arbeiter verteilt würden, so würde das keine wesentliche Erhöhung ihrer Einnahmen, wohl aber zunächst den Stillstand und dann den völligen Untergang der Wirtschaft bedeuten. Deshalb haben auch die von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften geleiteten Genossenschaften und Konsumvereine nie daran gedacht, ein solch unnützes und zugleich gefährliches Experiment zu machen. Ohne es zu wollen, hat der Sauer des schönen Fr... Dieses noch einmal die tiefe wirtschaftliche Lehre erhellte, daß nichts verteilt und verschickt werden kann, was nicht da ist.

Bilanz der Luftkassa

□ Berlin, 27. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Nach einer Meldung der Deutschen Beamten- und Korrespondenz ergibt der Abschluß der Augustbilanz bei der Deutschen Luftkassa im Hinblick auf die Zahl der besoldeten Passagiere und Fracht im jahresplanmäßigen Luftverkehr das bis her beste Ergebnis. Es wurden 22.021 Passagiere, 177.275 Kilo Gepäck, 148.414 Kilo Fracht, 101.306 Kilo Post und Leistungen befördert und zirka 1.000.000 Km. zurückgelegt.

Sachsen und die Luftkassa

□ Berlin, 27. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Die Stadt Chemnitz hat bekanntlich ihre Bemühungen, wieder in die sogenannte „Baumwoll-Rinne“ einbezogen zu werden, fortgesetzt. Sie hat, wie wir erfahren, vor einigen Tagen an das Reichsverkehrsministerium, die sächsische Regierung und

die anderen maßgebenden Stellen ein bringendes Telegramm gerichtet, in dem sie auf die schweren wirtschaftlichen Schädigungen hinweist, die ihr aus der Maßnahme der Luftkassa erwachsen. In Verbindung mit dem sächsischen Finanz- und Wirtschaftsministerium ist ferner die Nordbayerische Luftverkehrsgesellschaft G.m.b.H. aufgefordert worden, beim Reichsverkehrsministerium die Einrichtung einer neuen Fluglinie zu beantragen, die anstelle der von der Luftkassa eingestellten in Betrieb genommen werden soll.

Wie wir hören, hat nun das Reichsverkehrsministerium die Inbetriebnahme der Linie Nürnberg-Planen-Chemnitz-Dresden durch die Nordbayerische Gesellschaft genehmigt. Der Flugdienst wird heute oder morgen aufgenommen werden. Anderen Anträgen auf Einrichtung von Luftlinien von Chemnitz und Dresden nach Berlin ist bis zur Stunde die Genehmigung noch nicht erteilt, doch wird darüber im Reichsverkehrsministerium noch verhandelt.

Neue Schülertragödie in Berlin?

Wie die „B. S.“ meldet, ist der 18 Jahre alte Schüler Bernhard Jansen, der die Obersekunda der Königsstädtischen Oberrealschule in der Pasteur-Strasse besucht, seit Freitag verschollen. Man glaubt, daß der junge Mann Selbstmord verübt hat, weil er fürchtete, zu Ostober nicht verlegt zu werden. Das Blatt bemerkt dazu, daß dieser Fall im Verlaufe weniger Wochen schon die dritte Tragödie ist, die sich unter Schülern der Königsstädtischen Oberrealschule zugetragen hat. Am 3. September war ein Unterprimar mit hocherhobenem Revolver plötzlich aus dem Klassenzimmer gestürzt. Er konnte überwältigt werden, bevor er einen Schuß abgegeben hatte. Wenige Tage später war ein 14jähriger Schüler der Oberrealschule plötzlich verschwunden, nachdem er eine Stunde Arrest erhalten hatte. Der Junge konnte nach einigen Tagen seinen Eltern wieder zugeführt werden.

Die Explosionskatastrophe in Melilla

General Sanjurjo, der am Mittwochabend um 11.10 Uhr nach Melilla abgereist ist, erklärte, daß nach den über die Explosionskatastrophe auf dem Fort Cabreiras ihm zugegangenen Nachrichten die Zahl der Opfer 215 betrage, daß aber außerdem noch verschiedene versämmelte menschliche Körperteile unter den Trümmern gefunden worden seien. Der größte Teil der Opfer ist durch die riesigen Steinblöcke getötet worden, die die Explosion aus den an der Wafls bis zu 12 Metern starken Mauern des Forts Cabreiras herausgerissen hat.

Wie ergänzend gemeldet wird, lagerten im Fort nicht nur Schwarzpulvervorräte, sondern auch für die Herstellung von Geschossen bestimmte Vorräte an rauchlosem Pulver. Unter den Verwundeten befindet sich u. a. ein Mann, der durch einen stürzenden Balken grauhaft verstümmelt wurde. Als er geboren wurde, fand man neben ihm seine vier Kinder entsetzt auf.

57 Tote

In den Hospitälern von Melilla befinden sich 215 bei der Explosionskatastrophe Verletzte in Behandlung. Sowiekt sich übersehen läßt, beträgt die Zahl der Toten 57.

Zur Italia-Tragödie

□ Berlin, 27. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Oslo wird dem „Lokalanzeiger“ berichtet, daß dort jenseits das erste Buch über die Italia-Tragödie erschienen ist. Das Werk stammt von dem Retter Nobles Lundborg und dem norwegischen Journalisten Arnesen und bringt viel neues Material. Aufsehen erregt besonders die Schilderung des Zerwürfnisses zwischen Nobles und dem Kommandanten der „Citta di Milano“. Der Kommandant des Schiffes sagte nach der Darstellung des Buches unter anderem zu Lundborg: „Warum haben Sie eigentlich zuerst den General getötet? Er fällt und ja nur zur Last.“

berzuhellen, immer vorausgesetzt allerdings, daß auf diesen Planeten intelligente Wesen leben.

Die Antwort auf die Frage, wie man die drahtlose Verbindung herstellen soll, beginnt nach dem gegenwärtigen Stand unserer Kenntnis mehr und mehr feste Gestalt anzunehmen. Wäher konnte man nur in Rücksicht nehmen, eine Verbindung durch Zeichen nach Art des Morse-Telegraphen herzustellen. Mit diesen Schriftzeichen hätte man aber nicht das geringste anfangen können. Selbst wenn man die Verbindung hätte, könnte man auf drahtlosem Wege Morsezeichen bis zum jüngsten Gericht nach dem Mars telegraphieren, ohne daß auch nur die geringste Möglichkeit der Verständigung bestanden hätte. Denn wer soll auf dem Mars wissen, was die Zeichen des Morse-Codes bedeuten? Oder wie könnten die Bewohner der Erde im umgekehrten Falle sich eine Vorstellung davon machen, was die Marsbewohner unter drahtlos übermittelten Laut- oder Schriftzeichen verstehen?

Seitdem Bilder auf drahtlosem Wege übermittelt werden können, ist die Verständigungsmöglichkeit nach Ansicht des amerikanischen Gelehrten außerordentlich gewachsen. Dr. Gernsback geht von der alten Voraussetzung aus, daß die Marsbewohner, wenn sie überhaupt existieren, bei ihrer vermutlich sehr weit vorgeschrittenen technischen und wissenschaftlichen Entwicklung schon seit tausenden von Jahren nicht nur Apparate zum Fernhören, sondern auch solche zum Fernsehen und zur drahtlosen Übermittlung von Bildern besitzen. Er glaubt, daß wir imstande sein werden, die drahtlosen Übertragungen der Marsbewohner aufzufangen und mit ihnen Bilder austauschen, wenn unsere Technik sich weiter entwickelt und vervollkommen hat. Auf diese Weise kann man seiner Ansicht nach dann auch zu einer Verständigung gelangen.

Er denkt sich die Entzifferung so, daß von der Erde aus ein Bild unseres Planeten drahtlos nach dem Mars übertragen und daß in einer unserer Hauptsprachen das Wort „Erde“ hinzugesetzt wird. Dann folgt das Bild der Erde und des Mondes mit der Hinzufügung des Wortes „Mond“ zur Bezeichnung unserer irdischen Trabanten. Die Marsbewohner könnten und dann dieselben Bilder übermitteln und die Worte hinzufügen, mit denen sie die Erde und den Mond bezeichnen. So ließe sich ein Vergleich zwischen dem Sprachschatz der Marsbewohner und dem untrüglichen irdischen und es wäre denkbar, daß man auf diese Weise schließlich dazu gelangte, ganze Sätze auszutauschen. Wäre etwast der Anfang gemacht,

so könnte es rasch weitergehen und es könnte dann zu einer regelrechten gegenseitigen Verständigung über die gegenseitigen Einrichtungen, zurückliegende Ereignisse, wissenschaftliche Themen und Tagesereignisse kommen.

Das alles klingt wie Phantasie und wie ganz ferne Zukunftsmusik. Der amerikanische Gelehrte versichert aber, daß man schon heute einen Stand der Technik erreicht hat, der ein solches in Verbindung treten mit dem Mars in absehbarer Zeit als möglich erscheinen lassen muß. Allerdings muß eine Voraussetzung erfüllt sein: Es muß intelligente Wesen auf dem Mars geben. An diesem Ausgangspunkt kann die ganze Sache schon ins Stocken geraten. Denn wer weiß, ob der Mars überhaupt bewohnt ist?

□ Das Heinezimmer in Düsseldorf. Die Düsseldorf-er Stadtverwaltung trägt sich jetzt mit der Absicht, ein Denkmal für einen seiner größten Söhne, Heinrich Heine, zu errichten. Wenig bekannt ist, daß die schöne Großstadt am Rhein schon seit langem ein Heinedenkmal eigener Art besitzt. Es ist das Heinezimmer, das in einem Raum der Stadt- und Landesbibliothek untergebracht ist. Drei Schloffer und drei Regal müssen geöffnet werden, damit der Besucher Schritt die Schwelle überschreiten kann. Dann hebt man mitten in einem kleinen Raum, möbliert im Stile der vorwärtigen Zeit, erhellt von dem Licht eines schönen Bronzefußers. Die Totenmaske des Dichters liegt unter einem Glassturz auf einem Tisch in der Mitte des Zimmers. Von der Totenmaske schweift der Blick auf die weißen Schränke, die des Dichters Bibliothek und die Bücher, Bände und Schriften für und gegen ihn, die Erstausgaben des „Buch der Lieder“ und seiner gesammelten Werke bergen. Bilder und Plaketten hängen an den Wänden. Der geklammerte Vorhang am Fenster erzeugt ein eigenartiges Dämmerlicht, schafft eine heimelige, zu Herzen gehende Stimmung in dem kleinen Raum. Nur wenige finden den Weg zum Heinrich Heinezimmer in der Landes- und Stadtbibliothek, die auch noch eine schöne Vase aus Marmor, von Adolf Schmiebung geschaffen, aufbewahrt. Die meisten Fremden kennen nur jene einfache Wetzelsche, die mitten in der Altstadt von Düsseldorf dem Oberbürger Heinrich Heines gegenüberliegt, und bewundern hier das 1811 durch Herberich Eifenberg und andere rheinische Dichter und Maler enthaltene „Räufdenkmal“, das in der „Heinecke“ der Vorkämpfe steht.

Der badische Staatspräsident Dr. Remmele hat sich zu einem Kundtäger einer sächsischen Wochenzeitung über badische Verhältnisse ausgesprochen und hat dabei einige Bemerkungen gemacht, die nicht ganz kommentarlos bleiben dürfen. Wenn er hervorhebt, daß für Baden eine große Koalition oder eine bürgerliche Koalition bisher dem Zentrum nicht rasch erschienen sei, so stimmt dies doch nicht ganz, wenn man sich die Dinge ins Gedächtnis zurückerufen, die sich bei der letzten Regierungsbildung in Baden abgespielt haben. Die anfängliche Freundschaft zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, die in den ersten fünf Jahren nach dem Umsturz einer Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit glich, ist heute korrekter, manchmal sogar recht kühlen Beziehungen gewichen. Deshalb hat das Zentrum wiederholt versucht, die seit 1919 bestehende Weimarer Koalition durch die Deutsche Volkspartei zu erweitern. Doch dies nicht gelungen ist, lag teils an der Ablehnung der Sozialdemokratie, teils auch an der taktisch unrichtigen Haltung der Deutschen Volkspartei, (obwohl die Parteien erging wie den Ämtgeklündern, die nicht zusammenkommen konnten. Wenn der Staatspräsident ankündigt, daß nach den Landtagswahlen 1920 die Frage nach einer neuen Koalition „heskründlicher“ geprüft werden soll, als es früher der Fall und „notwendig war“, ist ihm darauf zu erwidern, daß diese Notwendigkeit schon seit Jahren vorhanden war. Wäre es anders, hätte ja Dr. Schofer nicht von sich aus die Initiative zu einer Erweiterung der Weimarer Koalition ergriffen. Wenn Dr. Remmele mit Recht die Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Badens hervorhebt, darf man vom Standpunkt der bisherigen liberalen Opposition getrost hinzusetzen, daß auch sie ein rechtlich Teil dazu beigetragen hat, da sie nicht in die Negation verfiel, sondern durch sachliche Mitarbeit sich niemals den Staatsnotwendigkeiten verschloß. Im übrigen ist nicht einzusehen, warum man mit der Neuordnung der Dinge noch länger als ein Jahr zuwarten soll. Wenn es, wie wir hoffen, in den nächsten Wochen gelingen wird, die Koalitionsverhältnisse im Reich zu bereinigen, sollte man die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, auch in den Ländern einigermaßen konforme Verhältnisse herbeizuführen. K. F.

Truppenverschiebungen in der Pfalz

Neue starke Belastung der Pfalz

Wie man aus zuverlässiger Quelle mitteilt, wird die französische Besatzungsarmee in den nächsten Wochen größere Verschiebungen von Truppenformationen vornehmen, die insbesondere die Pfalz betreffen. An Stelle der von Sacken-Speterdorf abziehenden französischen Militärfliegertruppe wird der bisher in Landau untergebrachte Artilleriepark der französischen Rheinarmee dahin verlegt. Nach Landau selbst kommt ein bisher in Koblenz garnisoniertes französisches Infanterieregiment.

Für Landau bedeutet diese Umgruppierung eine neue starke Belastung. Das abziehende Artilleriedepot hatte lediglich einen Bestand von etwa 100 Mann, während das neue Infanterieregiment rund 2000 Mann mit sich bringt. Die Gesamtbesetzung durch die französischen Besatzungstruppen wird sich dann in Landau allein auf rund achttausend Mann stellen.

Die Regierungskrise in Schweden

Nachdem am Mittwoch der Ministerpräsident Ekman das Abschiedsgesuch des Ministeriums eingereicht hat, sind die Parteiführer und der Präsident des Reichstages zum König berufen worden. Die Verhandlungen endeten damit, daß der König den Führer der Rechten, Lindman, beauftragt hat, zu versuchen, eine neue bürgerliche Koalitionsregierung zu bilden.

Landmann hat sich bereits zur Erörterung der Möglichkeiten zur Bildung einer bürgerlichen Koalition mit den Parteiführern in Verbindung gesetzt. Die Aussichten für den Zustandekommen einer bürgerlichen Koalition sind jedoch sehr gering. Die Führer der Freikämmlinge haben während und nach den Wahlen sich gegen eine Zusammenarbeit mit der Rechten ausgesprochen. Innerhalb der Landkresse sind die Meinungen geteilt, dagegen hat die Zeitung des Bauernbundes sich für die Bildung eines Ministeriums auf bürgerlicher Basis ausgesprochen.

Radioverbindung mit dem Mars?

Signale in den Weltraum

In der amerikanischen Zeitschrift „Wissenschaft und Erfindung“ (Newport) beschäftigt sich Dr. Hugo Wernsback mit der Frage, ob eine Verbindung zwischen den Planeten möglich und denkbar ist. Er stellt seine Betrachtung unter das Motto: „Das Unmögliche von gestern ist die Wirklichkeit von morgen und der Gemeinplatz der nächsten Woche.“

Die Verbindung zwischen zwei Planeten ist, wie der amerikanische Gelehrte betont, auf zweierlei Weise denkbar. Entweder kann man versuchen, durch irgend ein Signalsystem eine Verständigung herzustellen, sei es durch Licht, durch drahtlose elektrische Wellen oder durch ein anderes Mittel. Oder aber man kann an das Bogen denken, dem anderen Weltkörper mit Hilfe eines heute noch vorhandenen Verkehrsmittels einen unmittelbaren persönlichen Besuch abzuhalten. Diese zweite Möglichkeit setzt eine Maschine voraus, die den luftleeren Raum zwischen den verschiedenen Weltkörpern überwinden kann.

Neben der Möglichkeit, Menschen von einem Weltkörper zum anderen zu befördern, denkt Dr. Wernsback sehr skeptisch. Er meint, wenn eine solche Reise überhaupt jemals möglich sein werde, dann sicher nicht eher als in tausenden von Jahren. Gegenwärtig sind seiner Ansicht nach die Hindernisse vollkommen unüberwindlich. Dr. Wernsback nimmt auf den Raketenantrieb in seiner Arbeit keinen Bezug. Er geht deshalb auch nicht darauf ein, daß die neue und großartige Erfindung des Deutschen Max Valter ganz neue Möglichkeiten eröffnet. Man wird aber trotzdem seine skeptischen Ansichten über die Möglichkeit einer Ausreise nach dem Mars teilen. Denn wenn auch der Raketenwagen und das Raketenflugzeug eines großen Zukunft haben mögen, so ist es bis zu einer Reihe nach dem Mars doch sicher noch ein sehr weiter Weg.

Wählt also vorläufig die Möglichkeit einer Verbindung mit Hilfe von Lichtsignalen oder mit Hilfe von drahtlosen Vorrichtungen. Die drahtlose elektrische Welle kommt nach Ansicht von Dr. Wernsback am ehesten in Betracht. Es ist bekannt, daß kurze Radiowellen sehr leicht alle Schichten durchdringen. Es besteht deshalb theoretisch die Möglichkeit, eine Radioverbindung mit einem Planeten wie Mars oder Venus

Schwebende Fragen des Finanzausgleichs

Bedarfsordnung und Bedarfsdeckung in Reich, Ländern und Gemeinden

Vortrag von Universitätsprofessor Gerloff-Frankfurt a. M. auf der Jahresversammlung des Preussischen Städtebundes am 26. September in Breslau.

Der Referent ging in seinem Vortrage von der Erörterung gewisser Tatsachen geschichtlicher Erfahrungen aus, als deren erste er das ständige Wachsen des Geldbedarfs der öffentlichen Körperschaften bezeichnete, das er auf die Bevölkerungszunahme, die Verminderung des Geldwerts sowie namentlich auf den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zurückführte. Der heutige Staat werde niemals zur Selbstbeschränkung seiner Tätigkeit im Sinne des Manchesterliberalismus zurückfinden. Als zweite Tatsache wurde die überall festzustellende zunehmende finanzielle Verflechtung der öffentlichen Körperschaften untereinander mit der Tendenz wachsender finanzieller Mitbeteiligung des Oberverbandes an den Aufwendungen der Unterverbände hervorgehoben, als dritte die Tendenz, ganz bestimmte Aufgabenzwecke (Polizei-, Fürsorge- und Volkshilfswesen) unter finanzieller Mitbeteiligung des Gesamtstaates den ihm eingegliederten Verbänden zu übertragen. Daraus folgerte der Vortragende, daß eine wesentliche Einschränkung der öffentlichen Tätigkeit nicht zu erwarten ist, daß angesichts des wachsenden Finanzbedarfs der öffentlichen Körperschaften und der Vielgestaltigkeit der Dinge eine Neuordnung des Finanzausgleichs nicht durch Anwendung eines einzigen Prinzips gefunden werden könne, wenn auch eine möglichst klare Ordnung der finanziellen Beziehungen wünschenswert erscheine. Drittens wurde die Forderung erhoben, daß in den Fällen, in denen im gemeinschaftlichen Interesse gewisse Mindestleistungen der Unterverbände erforderlich würden, den Beteiligten ein entsprechendes Maß an Mitteln gewährleistet werde.

Als erste grundsätzliche Frage erörterte der Vortragende sodann die

Abgrenzung der verschiedenen Aufgabenkreise.

Die Frage der Lebensfähigkeit von Ländern und Gemeinden sei gegenwärtig eine Frage der Gestaltung des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens des deutschen Volkes. Daher müßten im Rahmen des Möglichen für die fraglichen Zwecke ausgiebige Mittel bereitgestellt werden. Ob die gegebene Aufgabenteilung beizubehalten sei, wurde als Frage der Verwaltungsreform bezeichnet. Es könne nicht Aufgabe des Finanzausgleichs sein, zum Absterben bestimmte Einrichtungen künstlich zu erhalten; auf der anderen Seite aber sei es unerlässlich, daß nicht unausführlich in den Aufgabenkreis der Gemeinden eingegriffen und ein Einbruch in ihre Finanzquellen versucht werde. Im Anschluß daran wurde die Lage des Reichshaushalts untersucht, wobei der Referent zu dem Ergebnis gelangte, daß aus jenem in den nächsten Jahren keine größeren Mittel für Finanzausgleichszwecke zu erwarten seien, selbst wenn man an Steuererhöhungen denken sollte. An Hand der Ergebnisse der jüngst veröffentlichten Reichsfinanzstatistik wurden sodann kurz die Wandlungen skizziert, die sich in den Haushalten von Ländern und Gemeinden gegenüber der Vorkriegszeit vollzogen haben, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die Gemeinden mit einem Finanzbedarf von 5,35 Milliarden M auch heute noch an erster Stelle stehen.

Nach diesen mehr grundlegenden Betrachtungen ging der Vortragende zu einer Erörterung einiger wichtiger Einzelprobleme des Finanzausgleichs über, zunächst der

Einkommensteuerfrage.

Die Forderung, die direkten Personalsteuern den Ländern zur eigenen Bewirtschaftung wieder auszuliefern, lehnte der Referent als der politische Entwicklung widersprechend kurz ab, um sodann in eine gründliche Untersuchung der Frage des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer einzutreten. Die Möglichkeit einer Einkommensteuerreform wurde angedeutet, da die Einkommensteuer in ihrer gegenwärtigen Form a. T. statisch unbefriedigend, ferner sozial unbillig und technisch irrational sei. Der Referent sieht die zukünftige Entwicklung in einer Erhebung unserer einkommensteuer durch eine zweigleibige Einkommensteuer, wie sie u. a. bereits in England, Frankreich, Amerika usw. besteht. Grundfrage hätte eine mehrgleibige Quasieinkommensteuer objektsteuerartiger

Charakter zu bilden, die die ergebene Finanzquelle für Länder und Gemeinden sei, während als Finanzquelle des Reichs die „synthetische Einkommensteuer“ in Betracht komme, die sich über jener erstgenannten analitischen Einkommensteuer erheben würde. Abschließend kritisierte der Redner in diesem Zusammenhange die übermäßige Ausübung des Zuschlagsrechts der Kirchengemeinden, die zu einer Gefahr für die Einkommensteuer geworden sei.

Als zweite Frage wurde die der Realsteuern erörtert.

Gegenüber den Forderungen nach deren Vereinheitlichung wies der Referent auf die Verschiedenheiten der Entwicklung im Süden und Norden Deutschlands hin und betonte den Zusammenhang der Realsteuerfrage mit dem Finanzausgleichsproblem. Bemerkenswert war die Aeußerung des Vortragenden, daß eine feste Relation der Sätze zwischen Ertragssteuern und Einkommensteuern nicht zu finden sein dürfte. Im übrigen sei der Realsteuercharakter der Ertragssteuern in erheblichem Maße verloren gegangen. Es sei aber auf die Dauer unmöglich, diese Steuern wie eine Subjektsteuer aufzubauen und wie eine Objektsteuer zu veranlagen. In Anknüpfung an seine Ausführungen zur Einkommensteuerreform erörterte der Vortragende die künftige Gestaltung der Realbesteuerung. Die Vereinheitlichung der Realsteuern dürfe aber eine gemäß dem Finanzbedarf verschiedene Finanzspruchnahme dieser Steuern seitens der Gemeinden nicht hindern, um letzteren nicht ihre letzte bewegliche Einnahmequelle zu rauben. Die Hauszinssteuer charakterisierte der Redner als eine halbe Maßregel. Der Grundgedanke dieser Steuer freilich sei richtig und deshalb wäre es ein soziales Verbrechen, sie ohne weiteres preiszugeben. Es könne sich nur darum handeln, die Mängel in der Durchführung zu beseitigen, d. h. sie auf landwirtschaftliche Wohngebäude auszuweihen, möglichst genau zu individualisieren und ihr den Charakter als Mietsbelastung zu nehmen. Sie sei in weiterer Folge als bisher der Gemeinden zu überweisen, in deren Hand sie ein vorzügliches Instrument der Finanz- und Sozialpolitik werden könne.

Zur Frage der Beitragssteuern

fährte der Redner aus, daß diese Finanzquelle ein beachtliches Mittel darstelle, den Gemeinden in größerem Maße finanzielle Bewegungsfreiheit zu sichern. Die Beschränkung der kommunalen Beitragssteuern durch das Gesetz vom 9. April 1927 wurde als unglücklich und sozial unverantwortlich bezeichnet. Das Recht der Gemeinden auf sozial unverantwortlich bezeichnet. Das Recht der Gemeinden auf eigene Steuern, das sich heute nur noch auf dem Gebiet der indirekten Steuern auswirken könne, dürfe gerade hier nicht willkürlich eingekragt werden. Der letzte Fragenkreis, den der Vortragende berührte, wird durch das Wort „Lastenausgleich“ bezeichnet. Die Tatsache, daß es für diesen an einer genauen Begriffsfixierung fehlt, wurde darauf zurückgeführt, daß sich hinter dem Worte Lastenausgleich eine Reihe ganz verschiedener Probleme verbirgt. Zum Lastenausgleich gehören auch die Garantiestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes, von denen der Referent die auf die Umsatzeiner bezüglichen als berechtigt bezeichnete. In diesem Zusammenhange war er die Frage auf, ob es nicht richtig sei, wenn die Beteiligung der Länder überhaupt auf einen festen Betrag, selbstverständlich mit einem Zuwachskoeffizienten, begrenzt würde, da das Verhängnisvolle schwanfender Zuschüsse sich schon mehrfach in der Geschichte der Reichsfinanzpolitik gezeigt habe. Die automatisch eintretende Ausfallgarantie nach § 335 F.A.G. stelle gar keinen Finanzausgleich dar, da jede Berücksichtigung allgemeiner oder spezieller Belastung fehle; damit sei ihr Urteil gesprochen. Als verhängnisvoll wurde die Biersteuerfönderentscheidung an die föderalistischen Länder bezeichnet, die mit dem Reichsgedanken schlechthin unvereinbar sei. Der zersetzende Gedanke, die Beziehungen zum Reich als ein finanzielles Abrechnungsverhältnis anzusehen, müsse entschieden abgelehnt werden. Ueberhaupt sei ein zwischenstaatlicher Finanzausgleich abzulehnen, während es anders um einen interkommunalen Lastenausgleich stehe; der besonderen Lage einzelner Gemeinden könne bei der erforderlichen Uebernahme gewisser kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben durch den Oberverband sehr wohl Rechnung getragen werden.

durch mehrere, übrigens gern gewährte Zugaben erkaufen konnte. Wenn doch alle Salkonzerte des kommenden Winters so würden, wie es das gestrige war! Fr.

© 370 Aufführungen haben nach dem sechsten 32. Jahrgang des Deutschen Bühnenspielpalms, der bei Deckerfeld & Co. erscheint, im Laufe des Spieljahres (Sept. 27 - August 28) auf den Bühnen deutscher Sprache stattgefunden. Ueberwiegend ist die Zahl der Komödien (einschließlich Lustspiel und Schwank) mit 124, während die sonst vorherrschende Operette (einschließlich Singpiel und musikalisches Lustspiel) mit 40 erst an dritter Stelle rangiert und selbst dem Drama (Tragödie, Schauspiel, Legende), das 105 Neuheiten aufweist, nachsteht. Bedeutend vermehrt hat sich die Oper. Die musikalische Tragödie und Komödie, zu ihr gehörend, erreichte die bisher niemals erzielte Höhe von 37 Aufführungen. Auffällig ist auch die Zahl der in den Vordergrund gerückten Revue, die ein Duzend bestrahlt, ohne die Burlesken, Grotesken, Parodien und Satiren einzuzählen. Die Pöse und das Volksstück bleiben mit 9 im Hintertreffen, sogar übertroffen vom Ballet und Tanzspiel, das es auf 15 brachte. In den Rest der 370 Premieren teilen sich die Märchen und Weihnachtsspiele.

Ein Anker von 316 Zentnern

hält den Ozeanriesen „Europa“ am Meeressgrunde fest; er ist der größte der Welt. Ein einzelnes Glied der Ankerkette besitzt die Größe des Oberkörpers eines erwachsenen Menschen. Dieses Ungeheuer, eine Kienleinleitung der deutschen Technik, ist in der neuen Ausgabe der „Illustrierten Zeitung“ abgebildet, neben einer Fülle aktueller Aufnahmen aus nah und fern. Sie führen u. a. in einem Bilderkreis durch die Wassernot im berragigen und zum guten Wein am Rhein, wir begleiten den Reichspräsidenten nach Schloß, nehmen an dem neuen Eisenbahnbau in Äthiopien teil, verfolgen die interessanten Versuche der Einnebelung als Fliegerabwehr, lassen Kunst, Mode usw. an uns vorüberziehen, um schließlich bei dem pantastischen Roman „Der leuchtige Berg“ zu verweilen, dessen erste Fortsetzung diese Ausgabe enthält. (Ueber den Bezug der Zeitung siehe die Anzeige.)

Der Vortragende schloß mit einem Hinweis darauf, daß alle Versuche zur Lösung der Finanzausgleichsfragen deswegen so schwierig seien, weil sich in letzterem grundlegende Fragen unseres Lebens von Selbstverwaltung und Staatsverwaltung, von politischer Freiheit und obrigkeitlicher Ordnung verquickten. Der Ausgleich müsse im Bewußtsein der Schicksalsverbundenheit von Reich, Ländern und Gemeinden den Notwendigkeiten unseres Staatslebens in Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit Rechnung tragen. St. N. A.

Städtische Nachrichten

Untermieter

Es liegt in der großen Bedeutung der Wohnungsfrage begründet, daß sich die Statistik mit ihr in besonderer Beschaft. So wie der Kaufmann den Kaufmann von Zeit zu Zeit eine Zwischenbilanz macht, um stets über den Stand seines Geschäftes einen wenigstens ungefähren Ueberblick zu haben, der ihm auch gleichzeitig einen geschäftlichen Ausblick gestattet, so handelt auch der Staat und die Gemeinde, um zu sehen, wie, wo und ob Dispositionsänderungen in seinen Plänen, die vorgefaßt waren, zu treffen sind. Die auf das Wohnungs-wesen abzielende Statistik hat sich nun der Aufgabe unterzogen, festzustellen, wie das Verwandtschaftsverhältnis der Untermieterfamilien zum Wohnungsinhaber in den 41 deutschen Großstädten ist. Auf den ersten Blick mag das Unter-suchen absurd erscheinen, hat aber dennoch für Staat und Gemein-den einen erheblichen Wert, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Verwandten als Untermieter und Verwandten als Wohnungsinhaber, die sich gegenseitig durch die Aufnahme in den Wohnungen unterhalten, sehr groß ist. Diese Untermieter scheiden den Umständen nach aus dem Kreis der die Wohnungsnot dokumentierenden, die besonders ener-gisch mit ihrem Wohnungsbegehren in den Vordergrund treten, aus, und bilden für die Kommunen nicht so sehr das beunruhigende und treibende Element. Die Wohnungsinhaber würden noch um ein Vielfaches mehr bedrängt werden, wenn nicht durch die verwandtschaftliche Rücksichtnahme von Wohnungsinhabern, die freiwillig ihren wohnungslosen Angehörigen Auf-gemahnen, selbst unter eigener Einschränkung, so gehandelt würde.

Soweit Mannheim in Frage kommt, ist festzustellen, daß die Zahl der Familien, die überhaupt keine eigene Wohnung haben, 5752 beträgt!

Von diesen 5752 wohnen in Mannheim bei den Eltern 1788 und bei Elternteilen, Großeltern, Schwiegereltern 1158 Familien. Wiederum wohnen in Mannheim 148 wohnungs-lose Eltern bei ihren Kindern und Schwiegerkindern und 327 Familien bei sonstigen Verwandten. Von den selbständigen wohnungslosen Familien, die wir eingangs mit 5752 ange-gaben haben, wohnen also 3419 Familien bei Verwandten, das sind 59,4 v. H. Bei Nichtverwandten wohnen in Mannheim 2333 Familien als Untermieter, die überhaupt keine eigene Wohnung besitzen. Hier scheint mehr die soziale, materielle Not die Triebfeder für die Aufnahme solcher Familien durch die Wohnungsinhaber gewesen zu sein. Einen Vergleich mit den Verhältnissen in Ludwigshafen fördert folgende Verhältniszahlen zutage: Familien ohne selbständige Woh-nung überhaupt 3052. Davon wohnen 1479 Familien bei den Eltern und 573 bei Elternteilen, Eltern, die wohnungslos bei ihren Kindern Unterkunft suchen mußten, sind es 75. Bei sonstigen Verwandten untergekommen sind 200 Familien oder Haushaltungen ohne eigene Wohnung. In Ludwigshafen wohnen von den 3052 Einwohnern ohne eigene Wohnung 2033 bei Verwandten überhaupt, das sind 76,1 v. H. aller Familien ohne eigene Wohnung. 729 wohnen bei Nichtverwandten.

Die Feststellungen sind nicht allein interessant, sondern auch tiefbetäubend und nachdenklich. In ihnen verkörpert sich ein verheerendes soziales und hygienisches Elend von überwältigender Tragik. Es ist ganz ohne Zweifel, daß das Zusammen-wohnen, wie oben geschildert, naturgemäß auf Kosten der Gesundheit und Sittlichkeit großer Volkskreise geht, deshalb die Forderung nach mehr Wohnraum immer noch allen anderen volkswirtschaftlichen Problemen voranzusetzen hat.

* Betriebsunfall. Ein 33 Jahre alter Tagelöhner zog sich in einem Metallwerk beim Transport eines Eisenstücks eine Quetschung der rechten Hand zu. Der Verunglückte fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Gedanken von Ernst Renan

Deutsch von Richard von Schaufal

(Nachdruck verboten)

Sehr wenige Menschen sind von ihren Anschauungen so unabhängig, daß man sie nicht verlegt, wenn man ihnen etwas anderes sagt, als was sie denken.

Im Gleichnis vom verlorenen Sohn hat Jesus, der es liebt, die Heuchelei verächtlich herauszufordern, die Moral, indem er ihre Grundlagen zu erschüttern scheint, auf ihre wahre Standfläche gestellt: die Herzensgröße.

Die erste Regel der Erziehung besteht darin, die Uebun-gen, deren Ziel die Ueberwindung der Schwierigkeit ist, nicht allzu leicht zu machen.

Nicht die Vermittlung der Lehre, sondern die Auzegung ist das Wesen des Unterrichts.

Ein Befehl ist eine Erniedrigung: wer gehorcht hat, ist im Reim des edlen Daseins verfehrt.

Der Ruhm sucht selten die auf, die sich dazu bekennen, daß sie das Ansehen fliehen, und sich durch Bescheidenheit aus-zeichnen.

Außer dem Geld, das sie ihm zugefügt, greift Verfolgung den Verfolgten in seiner moralischen Persönlichkeit an: sie fähigt fast immer den Geist und engt das Herz ein.

Was alt ist, soll alt bleiben; als solches ist es achtungs-wert; nichts verkehrender, als wenn ein Besahter kein Ge-haben entfällt, indem er die Art der jungen Leute annimmt.

Eine Bedingung der Kunst zu schreiben, ist die Kunst, einzutellen.

Die beste Art, begabte junge Menschen zu bilden, ist, ihnen niemals von Begabung und Eile zu sprechen, sondern in ihrer Unterweisung den Söhnen auf den Grund zu gehen.

Cello-Konzert von Gregor Piatigorsky

Am Flügel Hellmuth Baerwald

Im Beisein der wirtschaftlichen Ausfuhr des neuen Musiklands, über die man bekanntlich sehr geteilter Meinung sein kann, ist die künstlerische Produktion so hochwertig, daß die jungfräulichen Saiten von Jahr zu Jahr mehr die deutschen Konzertsäle bevölkern. Ja nicht nur dieses allein, sie erobern sie sich auch. Eigentlich ist heute landauf, landab kein Symphoniekonzert mehr denkbar, das sich, wenn es sich um Werke für Violoncello handelt, nicht den Konzertsälen Gre-gor Piatigorsky sichert, der beinahe schon den Ruf von Pablo Casals überflügelt hat.

Auch in Mannheim hat er sich durch das Duoralkonzert ge-legentlich einer der leistungsfähigsten Akademien derart in die Gunst des Publikums eingelassen, daß er, — ein selbster-Annah bei einem Solistenabend — vor vollem Harmonie-saal aus eigenem ein Konzert bestreiten konnte. Es wäre überflüssig, wollte man den Ruf seiner großen Kunst noch einmal im Detail auseinandersetzen. Der Zauber und Reiz seines Spiels liegen einmal in der neuen Sachlichkeit der Technik, die von jeglichem Virtuosenentum weitenweit entfernt ist, und zum anderen in dem fabelhaften Einfühlen in den deutschen Stil, wie ihn Bach und Beethoven geformt haben.

So gesehen wären die Sarabande der Bach'schen d-moll-Suite und das Einleitungsadagio der Beethoven'sonate ge-malt die Höhepunkte des Abends, für die ihm der deutsche Musikfreund von Herzen dankbar ist. Für die Mehrzahl der Zuhörer waren dagegen die reizvollen Kleinarbeiten von Frescobaldi, Dupart, Corelli und Senailla von be-sonderer Regenerkraft. Eine Senailla für sich war die De-bussy-Sonate, die auch rein technisch eine Meisterleistung darstellte.

Einzufügen, daß Piatigorsky in Hellmuth Baerwald einen Begleiter gefunden hatte, dessen Spiel nur reinste Freude erweckte. Mit der Debussy-Sonate verriet er Eigen-schaften, die den Wunsch aufsteigen ließen, ihn auch einmal als Solisten zu hören. So war es schließlich kein Wunder, daß unter den Hörern einhellige Begeisterung herrschte und daß Piatigorsky das endgültige Verlassen des Podiums nur

Wirtschafts- und Handelszeitung

Süddeutscher Rundholz- und Brettermarkt

Am Handelsplatz bleibt das Angebot der Jahrestzeit unerschöpfend. Die Nachfrage ist im Vergleich zu den letzten Monaten um 20% zurückgegangen. Die Preise sind im Vergleich zu den letzten Monaten um 10% gesunken. Die Nachfrage ist im Vergleich zu den letzten Monaten um 20% zurückgegangen. Die Preise sind im Vergleich zu den letzten Monaten um 10% gesunken.

Freierwerblich von Zuckerfabrik Brauerer AG, Karlsruhe

Wieder 10 v. D. Dividende. Der Aufsichtsrat hat am 27. September 1928 beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen. Die Dividende wird am 1. Oktober 1928 an die Aktionäre ausbezahlt.

Keramische Fabrik Wäldchen-Schwaben AG, Ulm

Die Bilanz der Keramischen Fabrik Wäldchen-Schwaben AG weist einen Gewinn von 100.000 Reichsmark aus. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Kannener Gashilfswerk AG in Kassel bei Doctum

Die Bilanz der Kannener Gashilfswerk AG zeigt einen Gewinn von 150.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

18. Sitzung der Frankfurter Reichsbankier-Vereinigung

Die 18. Sitzung der Frankfurter Reichsbankier-Vereinigung wurde am 27. September 1928 abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Dr. H. H. H., geleitet.

Künftige Arbeitsverhältnisse. Unter dem 27. September

Die Arbeitsverhältnisse werden in Zukunft durch die Einführung neuer Gesetze geregelt. Die neuen Gesetze werden am 1. Oktober 1928 in Kraft treten.

Börsenberichte vom 27. September 1928

Mannheim beschränkt

Bei unerschüttertem Geldmarkt war die Tendenz am Aktienmarkt heute gut beschränkt. Die Kurse sind im Vergleich zu den letzten Tagen um 10% gesunken.

Frankfurt fester

Zu Beginn der heutigen Börse war die Haltung allgemein fester. Die Kurse sind im Vergleich zu den letzten Tagen um 5% gestiegen.

Berlin aufnahmefreudiger

Zu Beginn der heutigen Börse herrschte bei lebhafterem Geschäft in Spezialpapieren eine ziemlich recht freundliche Stimmung. Die Kurse sind im Vergleich zu den letzten Tagen um 10% gestiegen.

Berliner Devisen

Deutscher Reichsbank 7. Lombard 8. Devisen 8. 6.

Währung	20. September	27. September	Veränd.
Deutsche Reichsbank	100,00	100,00	0,00
London	166,01	166,01	0,00
Paris	100,00	100,00	0,00
Brüssel	100,00	100,00	0,00
Amsterdam	100,00	100,00	0,00
Frankfurt	100,00	100,00	0,00
Mannheim	100,00	100,00	0,00

6. Feld, Telefon- und Telegraphenbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der 6. Feld, Telefon- und Telegraphenbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Feld, Telefon- und Telegraphenbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Feld, Telefon- und Telegraphenbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Abbau-Gesellschaft, Frankfurt

Die Bilanz der Abbau-Gesellschaft zeigt einen Gewinn von 100.000 Reichsmark. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10% zu zahlen.

Berliner Börse vom 27. September

Seitveränderte Werte

Währung	27. September
Deutsche Reichsbank	100,00
London	166,01
Paris	100,00
Brüssel	100,00
Amsterdam	100,00
Frankfurt	100,00
Mannheim	100,00

Transport-Aktien

Aktie	27. September
Deutsche Reichsbank	100,00
London	166,01
Paris	100,00
Brüssel	100,00
Amsterdam	100,00
Frankfurt	100,00
Mannheim	100,00

Industrie-Aktien

Aktie	27. September
Deutsche Reichsbank	100,00
London	166,01
Paris	100,00
Brüssel	100,00
Amsterdam	100,00
Frankfurt	100,00
Mannheim	100,00

Bank-Aktien

Aktie	27. September
Deutsche Reichsbank	100,00
London	166,01
Paris	100,00
Brüssel	100,00
Amsterdam	100,00
Frankfurt	100,00
Mannheim	100,00

Berliner Börse vom 27. September

Seitveränderte Werte

Währung	27. September
Deutsche Reichsbank	100,00
London	166,01
Paris	100,00
Brüssel	100,00
Amsterdam	100,00
Frankfurt	100,00
Mannheim	100,00

Transport-Aktien

Aktie	27. September
Deutsche Reichsbank	100,00
London	166,01
Paris	100,00
Brüssel	100,00
Amsterdam	100,00
Frankfurt	100,00
Mannheim	100,00

Industrie-Aktien

Aktie	27. September
Deutsche Reichsbank	100,00
London	166,01
Paris	100,00
Brüssel	100,00
Amsterdam	100,00
Frankfurt	100,00
Mannheim	100,00

Bank-Aktien

Aktie	27. September
Deutsche Reichsbank	100,00
London	166,01
Paris	100,00
Brüssel	100,00
Amsterdam	100,00
Frankfurt	100,00
Mannheim	100,00

Ein Mädchen für Alles: die Feuerwehr!

Man pflegt die moderne Feuerwehr als ein „Mädchen für alles“ zu bezeichnen. In dieser scharfsinnigen Charakteristik liegt eine Anerkennung, die sie voll und ganz verdient. Dem Hilfsdienst obliegen zahlreiche Organisationen: solche, die Kranke pflegen, Hungernde nähren, Bedröhte schützen. Für Sicherheit und Ruhe sorgt die Polizei. Aber das tägliche Leben zeitigt immer wieder plötzlich eintretende Notstände, für deren Abstellung keine dieser Organisationen ihrem Wesen nach zuständig ist. Und so hat sich denn ganz von selbst der Brauch herausgebildet, die Feuerwehr, deren Gebiet ursprünglich ja nur das Feuerlöschwesen war, überall dann heranzuziehen, wenn Not am Mann sich zeigt und der Bürger nicht recht weiß, an wen er sich hilfebedürftig wenden soll. Dieser Brauch ist sogar in gewissem Grade zum Mißbrauch ausgeartet. Fast in allen großen Städten gibt es z. B. einen Hilfsdienst für plötzlich Erkrankte und von Unfällen Betroffene. Und dennoch erleidet die Feuerwehr fast täglich, daß sie bei Vergiftungen und Stroheneinfällen alarmiert wird. Freilich lassen sich die Arbeitsgebiete nur recht schwer trennen, und darum schon leidet die Feuerwehr in allen Städten, in denen es eine Berufsfeuerwehr gibt, jedem Hilferuf ohne weiteres Folge.

Das Publikum hat nämlich die zutreffende Beobachtung gemacht, daß niemand so geschickt mit Axt und Hebebaum, mit Säge und anderem Handwerkzeug umzugehen versteht, wie gerade der Feuerwehrmann. Keiner ist so schwindelfrei, so unerschrocken, so kaltblütig und gewandt. Das verleitet geradezu, ihn zu Hilfe zu rufen, wenn irgendwo ein Gerüst einstürzt, ein Straßenbahnwagen entgleist, eine Straße durch Rohrbruch überschwemmt wird. Ist eine Gasleitung unabsichtlich geworden, wird gleichfalls der Feuerwehrmann geholt, der über Gasmasken verfügt, mit denen er, ohne sich selbst wesentlich zu gefährden, den gaserfüllten Raum betreten kann. Auch Gasergüsse kann er wohl schnellstens ins Bewußtsein zurückrufen, da er durch seine Feuerlöscharbeit daran gewöhnt ist, mit Gasvergiftungen umzugehen. Liegt ein Verunglückter unter einem Straßenbahnwagen oder unter einem Auto, so können die Hilfsmannschaften der Unfallstationen, die freiwilligen Sanitätskolonnen, nur wenig ausrichten. Erst muß der Unglückliche befreit werden, und hierzu bedarf man wieder die Feuerwehr, die mit Hilfe ihrer Spezialwerkzeuge den Wagen hebt.

Ein Orkan braut über die Stadt hinweg, hier ein Dach abdeckend, dort Bäume wie Streichhölzer knickend, hier Baumgerüste umwerfend, dort schwarz gebaute Baracken zerstörend. Die umgestürzten Stämme behindern den Verkehr, die halbzerstörten Bauwerke gefährden die Passanten. Das alles muß schnellstmöglich in Ordnung gebracht und beseitigt werden. Wer sollte da helfen, wenn nicht die Feuerwehr mit ihren raschlaufenden Gefährten, ihrer tadellos disziplinierten und nebenbei und vor allem durchaus fachverständigen Mannschaften?

Kurze, wendige und schnittige Gefährte sind es, aber die moderne Feuerwehr verfügt. Sie müssen im Straßenandrang rasch und sicher vorwärtskommen. Sie dürfen nicht

Gefahr laufen, „Bruch“ zu machen, wenn sie mit einer Geschwindigkeit, die diejenige aller andern Gefährte übersteigt, ihrem Ziele zufliegen. Panik sind bei den großstädtischen Feuerwehren an die Stelle der früher üblichen Klacken getreten. Die Panik ist weithin hörbar, ihr Klang kann nicht mit anderen Signalen verwechselt werden. Die alte Feuerspritze vom Jahre 1851, der frühere Fackelhelm, sind durch modernste Dampfdruckspritzen, durch nachschäufende Kopfbekleidungen ersetzt worden. Ja sogar wassersprühende Feuerwehrhelme gibt es, so daß der Wehrmann in der Lage ist, sich in bereits brennenden Räumen frei zu bewegen. Um ihn herum rieselt ein Wasserstrahl, fontänenartig, vom Helm herab. Die Gasschutzmaske bewahrt ihn vor Rauchvergiftungen. Schneidebrenner zum Durchsagen eiserner Träger, unter denen hilflos Menschen liegen, Sauerstoffapparate, die den Bewußtlosen wieder ins Bewußtsein zurückrufen, mechanische Leitern die zu schwindelnder Höhe im Dandumdrehen emporgewunden werden können, Sprungtische, die von Avanzisten und mehr Wehrmännern gehalten, jeden aus höchster Höhe in die Tiefe hinabsinkenden Körper sicher aufnehmen, diese und noch viele andere Dinge gehören zu den ständigen Requisiten der modernen Feuerwehr. All das wird auf den Alarm die Depots verlassen, um an bedrohte Punkte zu eilen.

Unendlich weit scheint das Verwendung- und Anwendungsbereich unserer Feuerwehren zu sein. Fast und entbehrungslos, viel zu wenig anerkannt, ist das Leben und die Arbeit der Wehrmannschaften. — Ein Mondstichtiger geht auf dem Dach spazieren. Rufft man ihn an, so erwartet er plötzlich zum Bewußtsein und stürzt herab. Die Feuerwehr muß helfen und sie hilft. Die mechanische Leiter wird angewunden — lautlos wie die Kagen schleichend sich die Feuerwehrmänner an den Mondstichtigen heran, fassen ihn, holen ihn herab. In Berlin verlor kürzlich ein arbeitsloser Dachdecker die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, indem er die Kuppel des Domes erkletterte. Von dort aus wollte er, der auch ein guter Schwimmer und Springer ist, den gefährlichen Sprung in die See wagen. Aber der lächerliche Postbote-Kletterer verlor sich auf der Kuppel, ähnlich dem Bergkletterer, der nicht mehr vorwärts und nicht mehr rückwärts kann. Der Sprung erwies sich als unmöglich, weil er über die Kuppel der Kuppel nicht hinwegzukommen vermochte. Die Feuerwehr wird alarmiert! Sie muß die Kletterkunststücke des Arbeitslosen genau so gut ausführen können wie dieser selbst, denn sie darf ihn herunterholen. Und es gelingt.

Auch um der gefährlichen Dummheiten willen wird das Leben und die Gesundheit des Wehrmannes aufs Spiel gesetzt. Herr Wehrmann ist ein Affe entwichen. Er sitzt auf des Nachbarn Dach und beschließt sich damit, lose Dachziegel auf die Passanten herunterzuwerfen. Ober: Frau Schulzens Bestellung, ein salmer Kalaba, hat sich verfliegen. Die Feuerwehr soll helfen und hilft wirklich.

Oder aber: ein schon gewordenes Gespinn raß in den Fluß. Wer sollte die Pferde retten? — Bienenschwärme

lassen sich in den belebtesten Straßen einer Stadt nieder. Wer sollte sie wieder einsammeln? — Baumrunden stürzen ein: Unter den Schutzmassen liegen Menschen. Höchster Generalalarm! — Ein Baum bricht — Straßen werden überschwemmt, Häuser kommen ins Wanken, Menschen reiten sich auf Holzplanen, schwimmen im Wasser herum. Die Feuerwehren rufen mit Fausthaken und Rettungsringen. Feuer, Wasser und Luft, alle drei Elemente gehören in das Arbeitsgebiet der Wehren. Aber auch bei Eisnot wird die Feuerwehr gerufen. Sei es, daß in Gefahr geratene Transportfähne auf Pfählen und Kanälen von Eiskübeln arg bedrängt werden, sei es, daß unvorsichtige Schlittschuhläufer im Eise eindreuen — immer muß die Feuerwehr herzu, die in diesem Zweck einen Teil ihrer Mannschaften im Schlittschuhlaufen ausbilden läßt. — Ein Schreckensruf erklingt in der Hafenstadt: „Ein Schiff ist in Brand geraten!“ Schon rücken die Wehrmannschaften mit den Feuerlöschbooten an!

Im Kriege, als die Männer im Felde standen, die Frauen allerorten männliche Berufe ausfüllen mußten, gab es in vielen Ortschaften auch weibliche Feuerwehren, und es heißt, daß diese Amazonentorps durchaus Anerkennungswertes geleistet haben. — Auch Schläferfeuerwehren gibt es vielfach in kleineren Ortschaften, in denen von einer Berufsfeuerwehr aus Geldmangel keine Rede sein kann. Andererseits wird in den Großstädten, die es sich leisten können, recht viel Geld für technische Neuerungen aufgewandt. So gibt es da Motorradspitzen, die bei kleineren Bränden zur Anwendung kommen. Wir haben vorzügliche Feuerwehrschulen und auch die Nationalisierung hat auf dem Gebiet des Löschwesens bereits eingesetzt. Vor allem in der Form, daß alle Wehrwagen Handfeuerlösch mitführen, die in Anwendung gebracht werden, wenn es sich erweist, daß der Brand nur geringen Umfang angenommen hat. Die bei einem Brand verbrauchten Wassermassen kosten nämlich recht viel Geld, das eingespart werden kann, wenn ein Handfeuerlösch dieselben Dienste leistet.

Verfügen die großen Berufsbesahen das Leben des Feuerwehrmannes? Diese von Vielen oft gestellte Frage läßt sich natürlich generell nicht beantworten. Erfreulicherweise kann gesagt werden, daß im Durchschnitt die Sterblichkeit trotz der hohen Strapazen, denen er ausgesetzt, nicht höher ist als bei den Angehörigen der meisten anderen Berufe. Allerdings werden nur durchaus gesunde und körperlich gut entwickelte Bewerber in die Feuerwehr eingereiht.

Gibt der Feuerwehrmann in Pension, so winkt ihm kein höheres Ruhegehalt als den Angehörigen anderer Beamtenkategorien, obgleich er ein besseres Los für seinen Lebensabend verdient hätte. Die mannigfachen Ehrenzeichen, die ihm im Verlauf seiner entbehrungsreichen Laufbahn verliehen werden, die Anerkennung seiner Mitbürger, können ihn nicht ganz dafür entschädigen, daß die allzu früh bemessene Altersrente ihn zwar gerade vor Mangel schützt, aber keineswegs so ausreichend ist, um ihm ein sorgenfreies Alter zu gewährleisten. Ottomar Reichard.

Zum Kochen von Gemüsen

MAGGI'S Fleischbrühe



Todes-Anzeige

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß heute nacht nach langem, schweren Leiden mein lieber Gatte, Bruder, Schwager und Onkel.

Karl Friedr. Gentner

früher Bäckermeister in Mannheim im Alter von 47 Jahren sanft entschlafen ist

Weinheim, 27. 9. 28

In tiefer Trauer:

Frau Mina Gentner geb. Lindenmann
Emil Gentner, Mühlacker
Marie Frank geb. Gentner

Beerdigung vom Trauerhaus Bennweg 20, Freitag, den 28. 9., nachmittags 4 Uhr

Amtliche Bekanntmachungen

Handelregistereinträge vom 26. September 1928:

Reform-Schulbuchverlag Emil Sellheimer, Mannheim. Die Firma ist erloschen.

Hansen, Feuerburg & Co., Frankfurt a. M. Filiale Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Hansen, Feuerburg & Co., Frankfurt a. M. Geschäftsdirektor Alexander Jollenhoff, Düsseldorf, ist als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Die Einlage eines Kommanditisten ist bezugslos.

Ludwig Dirsch, Mannheim. Die Firma ist erloschen.

Kalentin Jahn & Co., Mannheim-Neudorf. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist mit Aktien und Vorkosten auf Otto Jahn, Drogist, Mannheim-Neudorf, übergegangen, der es als alleiniger Inhaber unter der Firma Otto Jahn weiterführt.

Gebr. Schwabenland Aktiengesellschaft, Mannheim. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 11. September 1928 wurde § 10 des Gesellschaftsvertrages (Geschäftsjahr) geändert.

Smid & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 28. August 1928 ist § 7 des Gesellschaftsvertrages mit einem Zusatz versehen worden. Der Geschäftsführer Ernst Overbach ist zur Einzelvertretung der Gesellschaft berechtigt, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Carl Smid ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Kaufmann Oskar Walter in Speyer a. Rh. ist zum Gesamtprokuristen bestellt. Er ist berechtigt, gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen die Firma zu vertreten.

Besessene Weinabzucker Stimmer & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim, Zweigniederlassung, Str. Frankfurt a. Main. Dr. Albert Keller ist nicht mehr Geschäftsführer. Chemiker Dr. Eduard Köbner, Mannheim, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 7. September 1928 wurde § 8 des Gesellschaftsvertrages geändert. Die Gesellschaft wird vertreten durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Stellvertretenden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer beim Stellvertretenden Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen.

Wismarier Mannheim H. G. & Co.

AUTO-REIFEN

Die Adreßkarte - Michelin-Copier
Maler & Gebhard
Telephon 28576

Verkäufe

Eckhaus mit Laden und Einrichtung

auch für Café geeignet, in einem Vorort in guter Lage ist sofort zu verkaufen. Preis 16.000 M., Anzahlung 5000 M., Angebote unter H 8 57 an die Geschäftsstelle d. Bl.

10:40 Opel-Wagen

Luxus-Visionline Modell 1928, mit 11. Zylinder, sehr wenig gefahren, frankfurter halber zu verk. *2000

W. u. W. Halbspartstraße Nr. 6, Telephon 22 258.

Schöne, tolle Pitchpine-Küche (auch nur Eckente) l. zu erhalten, billig zu verkaufen, Neudorf, Traudelstr. 7, II. *1000

Ladenschrank mit erh. 2.40 Mtr. für Bäcker u. Kond. preisw. zu verk. G. Kanak, 28. Bäderstr. 24567

Laden - Regal zu verkaufen. 24380 Neudorf, Friedrichstraße Nr. 25

Guter, weiß. Kinderwagen, Wasser und Glasdruck billig zu verkaufen, Neudorf, Traudelstr. 14, 2. Stof. 24556

Kauf-Gesuche

Limousine 6-Zylinder, nur gute Teile, mit tadelloser Maschine, werden hier zu kaufen gesucht. Angebote unter K P Nr. 154 an die Geschäftsstelle. *2000

Guter, II. Zimmerofen zu verk. gefast. Weidmann, u. E Y 68 an die Geschäftsstelle. *1700

Unterlicht Oberflächenhander erstickt arbeitsfähig, nachfolgend unterricht. Adresse in der Geschäftsstelle. *2024

ERENOLA

Sprechapparate hängen Ihnen für höchste Qualität und besondere Klangschönheit. Sie erhalten Kofferapparate für 25 und 68 M., Schallröhre für 50, 84 und 116 M., Sdrankapparate für 124 und 220 M. Kassaprets.

Wochenraten schon von 2 M an

Reichhaltiges Plattenlager



PRECHAPPARATE

Mannheim, E 3, 13
Leder: Albert Joachim Jr. 691

Heirat

Gebildeter, tüchtiger Kaufmann

in guter Stellung in chemischer Fabrik, 28 Jahre alt, holländische Erziehung, evangl., aus besten Kreisen, mit späterem Verdienen, wünscht junge, hübsche Dame aus gebildeten Kreisen zu lernen, gleichfalls tüchtiger

Einheirat.

Vermittlung erwünscht. Besond. Zulchriften mit Bild (wird sofort zurückgeschickt) erb. unter K E 194 an die Geschäftsstelle. *1978

